

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 6

Artikel: Deutschland, das sicherheitspolitische Rückgrat Europas?

Autor: Thomann-Baur, Irène

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-513519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland, das sicherheitspolitische Rückgrat Europas?

Ohne Deutschland geht in Europa im Moment gar nichts. Woher röhrt diese führende Rolle, warum setzen wir uns gerade jetzt damit auseinander, was bedeutet sie überhaupt und wie steht Deutschland selbst dazu?

Irène Thomann-Baur*

Antworten auf diese Fragen lieferte der Anlass «Deutschland als wohlwollender Hegemon?», zu dem CHANCE SCHWEIZ – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen eingeladen hatte. Unter der Leitung von Dr. Jonas Hagmann, Center for Security Studies der ETHZ, analysierten die beiden deutschen Gastreferenten, Privatdozent Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin und Lehrbeauftragter an der Universität Zü-

«Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit.»

Der polnische Aussenminister Radosław Sikorski in Berlin, 2011

rich, sowie Generalleutnant iR Jürgen Bornemann, zuletzt Direktor des Internationalen Militästabes der NATO, das sicherheitspolitische Verhalten der Bundesregierung. Überlegungen aus Schweizer Sicht steuerten der Zürcher SVP-Nationalrat Alfred Heer, Vizepräsident der parlamentarischen Delegation der Schweiz beim Europarat, und Stefan Schmid, Ressortchef Inland der «Nordwestschweiz», bei.

Verändertes Umfeld

Vier Faktoren begründen die gesteigerten Erwartungen an Deutschland:

1. Da ist einmal das reduzierte aussenpolitische Engagement der USA, die nach der durchzogenen Erfolgsbilanz im Irak und in Afghanistan vermehrt «Nationbuilding at home» betreiben. Präsident Obama nimmt hier Rücksicht auf die öffentliche Meinung, ohne konstitutionell zu diesem Trend gezwungen zu sein. Trotz

der Ereignisse in der Ukraine hat Europa für ihn keine Priorität mehr, er setzt immer noch auf die Charta von Paris aus dem Jahre 1990. Die Haltung der USA bedrückt, denn das globale Sicherheitsbedürfnis ist sehr gross, wie das Krisenjahr 2014 dramatisch bewies.

2. Wer soll diese ordnungspolitische Lücke füllen, der Erosion in Europa entgegentreten? Die Hegemonialmächte der Vergangenheit durchlaufen eine Periode der Schwäche: Frankreich und Grossbritannien darben unter hilflosen Regierungen, einer wenig prosperierenden Wirtschaft, innenpolitischen Angriffen vonseiten rechtskonservativer und damit integrationsfeindlicher Kreise. Internationale Politik verliert hier an Bedeutung. Die Europäische Union bleibt derweil in der Pflicht und damit eben Deutschland, die führende Nation innerhalb der EU.

3. Die Gleichzeitigkeit der Krisen, Klimaprobleme, Handelsabkommen und schwindende Ressourcen begrenzen die nationale Steuerungsfähigkeit zunehmend und zwingen zur vertieften Kooperation. Die Länder der EU suchen nach der Quadratur des Kreises, wie kann man souverän sein und gleichzeitig ein verlässlicher Verbündeter? Einerseits ist eine Renationalisierung feststellbar, andererseits rät gerade die Rüstungsindustrie aus ökonomischen Gründen zur vermehrten Kooperation. Die EU ist ein Machtfaktor. Russland nimmt Deutschland auch deshalb wahr, weil 27 Länder hinter ihm stehen. Dafür muss aber vermieden werden, dass diese zu einer rein nationalstaatlichen Ausenpolitik zurückkehren.

4. Deutschland folgt der Devise «Wir halten Europa zusammen» und nimmt sich damit selber in die Pflicht. An der Münchner Sicherheitskonferenz vom Februar 2014 betonten Bundespräsident Joachim Gauck, Aussenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsminis-

terin Ursula von der Leyen unisono die grössere aussenpolitische Verantwortung, die Deutschland zu tragen gewillt sei. Sie spiegelten damit die wachsende Erwartungshaltung von aussen und das veränderte Selbstverständnis.

Das Weissbuch 2016

Deutschland ist eine führende Macht im Wirtschafts- und Finanzsektor; wie sieht nun die propagierte grössere sicherheitspolitische Verantwortung aus? Im Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, im Aufstocken von Geldern und Soldaten? Erst muss Deutschland den Gelungsbereich seiner hegemonialen Ausenpolitik umreissen und Konfliktszenarien entwerfen, die sein Eingreifen erfordern. Dafür soll ein neues Weissbuch dienen, das die Aussenpolitik und Zukunft der Bundeswehr definiert. Das letzte Weissbuch stammt aus dem Jahr 2006,

«Is Germany ready to lead? – Meine Antwort: Ja, wir sind bereit.»

Ursula von der Leyen an der Münchner Sicherheitskonferenz 2015

als Europa noch in sich selbst ruhte. Sätze wie «Russland sei ein herausgehobener Partner von Nato und Europäischer Union» oder «die Ukraine befindet sich auf dem Weg einer grundlegenden Modernisierung hin zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft» tönen heute hohl. Zu überlegen ist weiter, mit welchen Partnern und internationalen Organisationen Deutschland zusammenspannen will. Vor 20 Jahren standen dafür klar die EU und die USA bereit, heute sind, angesichts der

Krise im europäischen sicherheitspolitischen Prozess, neue Formeln zu finden. Mit dem Minsker Abkommen haben Deutschland und Frankreich einen möglichen Weg gewiesen.

Die deutsche Vergangenheit

Eine Kultur der Zurückhaltung kennzeichnete die deutsche Außenpolitik noch während des Kalten Krieges; die Bundesrepublik konsumierte Sicherheit, produzierte wenig davon, sich unter dem Hinweis auf ihre Vergangenheit im Hintergrund haltend. Nach der Vereinigung wurde dies vermehrt als Ausrede empfunden. Im Weissbuch 2006 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits formuliert: «Grössere Gestaltungsmöglichkeiten und Einfluss bedeuten auch Verpflichtung. Wir sind heute stärker als früher gefordert, Verantwortung in Europa und der Welt zu übernehmen». In der Bevölkerung löste sie damit kein grosses Echo aus. Im Gegenteil, die Akzeptanz des Engagements sinkt insbesondere bei internationalen Krisen ausserhalb Europas. Der Begriff Hegemon ist in Deutschland verpönt, man spricht lieber von Arbeitsteilung.

Die Bundeswehr im Ausland

Die Auslandseinsätze wurden schrittweise aufgebaut mit dem Höhepunkt in Afghanistan, dem längsten und gefährlichsten Einsatz, einer Stabilisierungsoperation, die zu kriegsähnlichen Aktivitäten führte. Das Einsatzprofil der Bundeswehr wird kontinuierlich geschärfzt. Dazu gehören heute die vermehrte Ausbildung anderer Streitkräfte, auch in Afrika, und z.B. die Unterstützung der Türkei beim Schutz des Luftraums gegenüber Syrien. Im April 2015 standen 2480 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz.

Die Artikel 12a und 24 des Grundgesetzes legen die rechtlichen Handlungsgrenzen deutscher Sicherheitspolitik fest. Auslandseinsätze müssen auf einer Organisation kollektiver Sicherheit basieren. Unilaterales Handeln wäre laut höchstgerichtlichem Urteil verfassungswidrig. Be waffneten Einsatzkräften muss das Parlament zustimmen. Fehlt eine gesicher-

te Mehrheit, sagt die Regierung a priori Nein. Das System bremst zwar die Handlungsfähigkeit, soll als demokratische Abstützung jedoch erhalten bleiben.

Sicherheitspolitik ist Stabilitätspolitik

Der Instrumentenkasten für die Krisenbewältigung enthält politische, ökonomische und militärische Werkzeuge. Sie sind alle zu nutzen. Rein militärische Lösungen gibt es nicht, aber manchmal können Streitkräfte Zeit verschaffen, bis eine po-

«Wer langfristig Sicherheit, Stabilität und das Wohlergehen seiner Bevölkerung sichern will, muss als Teil der internationalen Gemeinschaft die Regeln dieser internationalen Gemeinschaft akzeptieren. Wir in Europa werden uns gemeinsam mit unseren Partnern immer für unsere Werte und die europäische Friedensordnung einsetzen.»

Bundeskanzlerin Angela Merkel
an der Münchner Sicherheitskonferenz 2015

litische Lösung heranreift. Unter Leitung von Volker Rühe überprüft eine Kommission die Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Erwartungen der Partner in NATO und EU an Deutschland sind, angesichts der Schwäche der andern Mitglieder, sehr hoch. Ohne Aufstockung des Verteidigungshaushaltes geht jedoch gar nichts. Der Trend, den Verteidigungshaushalt ständig zu kürzen, muss aufhören. Deutschland steht heute bei 1,3% des BIP, ist also weit entfernt von den von der NATO geforderten 2%. Noch ist die Europäische Armee eine Vision, aber waren nicht «Europa grenzenlos» und der Euro auch einmal eine Vision?

Unter dem Titel «Framework Nations Concept» legt Deutschland der NATO ein Modell vor, gemäss dem eine Gruppe von Nationen, die enger und intensiver als bisher zusammenarbeiten wollen und können, die Führung im Einsatz zu verbessern vermöchte.

Krisenmanagement hat politische, militärische und finanzielle Folgen. Ein Engagement macht nur dann Sinn, wenn die Mittel, auch die finanziellen, gesichert

sind und die Öffentlichkeit einverstanden ist. Sicherheitspolitik ist Stabilitätspolitik. Woher kommt die Bedrohung? Je nach geografischer Lage wird die Frage unterschiedlich beantwortet. Für die NATO bedingt dies eine Doppelstrategie nach Süden und Osten.

Anerkennende Stimmen aus der Schweiz

Aus Schweizer Sicht wird Deutschland als wirtschaftliche Potenz und Motor in Europa empfunden. Die EU wäre ohne

Deutschland nicht denkbar. Dort muss es für Stabilität sorgen; denn wirtschaftlich fast kollabierende Mitgliedstaaten und hohe Staatsdefizite erzeugen bedrohliche Spannungen. Im Gegensatz zu den USA und Grossbritannien drückt niemand Deutschland den Stempel eines Kriegstrebers auf. Vielleicht gerade wegen seiner militärischen Zurückhaltung sind seine Chancen, wie z.B. im Ukraine-Konflikt, vermittelnd aufzutreten, intakt. Als nicht aggressive Wirtschaftsmacht

kann Deutschland seine guten Dienste in der Welt anbieten. Die Schweiz ist seit je her gewohnt, von Hegemonialmächten umgeben zu sein. Bis 1871 war Frankreich der mächtigste Nachbar, mit der Gründung des Deutschen Reichs und der Vereinigung Italiens entstanden neue potente Nachbarn. Gegenwärtig ist Deutschland wirtschaftlich und politisch so stark wie schon lange nicht mehr, demokratisch verlässlich und der Schweiz freundlich gesinnt. Auch nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat Bundeskanzlerin Merkel die Türe nicht vollständig zugeschlagen.

Wie Friede und Stabilität langfristig gesichert werden können, beschäftigt die breite Öffentlichkeit auch in der Schweiz wenig. Vielmehr hat man hierzulande das Gefühl, in einem separaten Boot neben dem grossen Tanker herzusegeln. Der Schweiz fehlt eine gesamteuropäische Perspektive. Ob der Sicherheitspolitische Bericht 2016 dazu einen Beitrag leisten wird?

* Journalistin, Hptm, zuletzt im Info Rgt 1, ehemals Generalsekretärin der SOG, Winterthur.